

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 89

FREITAG, DEN 17. NOVEMBER

2017

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1945	Ungültigkeitserklärung eines Jahresjagdscheines ...	1947
Planfeststellungsverfahren für die achtstreifige Erweiterung der Autobahn A 7 südlich des Elbtunnels Hochstraße Elbmarsch (Brückenbauwerk K20) (km 159+704 bis km 163+542)	1945	Ungültigkeitserklärung eines Jahresjagdscheines ...	1947
		Ergebnis des gemeinsamen Bürgerentscheids: „Elbstrand retten!“ und „Elbstrandweg für alle!“	1948
		Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Straße Sandmoorweg	1949
		Öffentliche Sielanlagen	1949

BEKANTMACHUNGEN

Öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die AKN Eisenbahn AG hat bei der Landeseisenbahnaufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg eine Plangenehmigung gemäß § 18 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes zum Rückbau des Bahnhofsgleises 99 einschließlich der Weichen 99 und 100 im Güterbahnhof Tiefstack und zum Lückenschluss im Bahnhofsgleis 5 sowie im Streckenkilometer 0,84 des Streckengleises Tiefstack-Glinde beantragt.

Nach der allgemeinen Vorprüfung gemäß § 7 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben aus folgenden wesentlichen Gründen abgesehen:

Die Maßnahme wird in einem räumlich eng begrenzten Bereich innerhalb einer Eisenbahnbetriebsanlage durchgeführt, die sich in einem durch Industrie- und Gewerbenutzung gekennzeichneten Gebiet befindet. Die Schutzgüter Menschen und menschliche Gesundheit werden durch den Gleisrückbau nicht beeinträchtigt. Infolge der vorhandenen Nutzungssituation (Industrie, Güterbahnhof) sind Tiere, Pflanzen und eine biologische Vielfalt in dem von der Maßnahme betroffenen Bereich nicht zu erwarten. Die Schutzgüter Boden und Wasser sind nicht beeinträchtigt, da die Maßnahme vollständig oberirdisch durchgeführt wird. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Luft und Klima kann ausgeschlossen werden, da der Umfang und Zeitraum der Baumaßnahme gering sind. Kulturelles Erbe und sons-

tige Sachgüter sind nicht vorhanden, eine Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern ist ebenfalls nicht zu befürchten.

Aus den vorgenannten Gründen kann das Vorhaben nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVP aufgeführten Kriterien nach Einschätzung der zuständigen Plangenehmigungsbehörde keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Hamburg, den 8. November 2017

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
– Amt für Verkehr und Straßenwesen –
Landeseisenbahnaufsicht**

Amtl. Anz. S. 1945

Planfeststellungsverfahren für die achtstreifige Erweiterung der Autobahn A 7 südlich des Elbtunnels Hochstraße Elbmarsch (Brückenbauwerk K20) (km 159 + 704 bis km 163 + 542)

Auslegung im Planfeststellungsverfahren nach § 17 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG), § 73 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG) einschließlich der Auslegung der Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens

Die Bundesrepublik Deutschland, Bundesfernstraßenverwaltung, in Auftragsverwaltung vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Amt für Verkehr und Straßenwe-

sen (Vorhabensträgerin), plant die Erweiterung der Bundesautobahn A 7 auf hamburgischem Gebiet und hat für die achtstreifige Erweiterung der Autobahn A 7 südlich des Elbtunnels (Hochstraße Elbmarsch – Brückenbauwerk K20) bei der als Planfeststellungsbehörde zuständigen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation die Planfeststellung gemäß §§ 17 FStrG, 73 HmbVwVfG beantragt.

Gegenstand des vorliegend beantragten Vorhabens ist die Erweiterung der bislang sechsstreifigen, 3,84 km langen Hochstraße Elbmarsch (K20), km 159+704 bis km 163+542, die aus zwei baulich getrennten Überbauten mit derzeit jeweils drei Fahrstreifen besteht, auf jeweils vier Fahrstreifen, sodass sich ein insgesamt achtstreifiger Ausbau ergibt. Im Planungsabschnitt befindet sich die Anschlussstelle Hamburg-Waltershof. Räumlich begrenzt ist das Vorhaben im Norden durch die als Rampe ausgeführte, bereits achtstreifig ausgebaute Zufahrt in den Elbtunnel (Bauwerke K30 und K31) sowie im Süden durch die Fortführung der A 7 in Dammlage; dabei wird hier ein achtstreifiger Ausbau der A 7 bis zur Anschlussstelle Hamburg-Moorburg vorgesehen, der im Zuge des Anschlusses der neu zu bauenden A 26 über das Autobahnkreuz Hamburg-Süderelbe an die A 7 erfolgen soll.

Das Vorhaben ist im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in den vordringlichen Bedarf als laufend und fest disponiert eingeordnet. Auf Grund des vorhandenen Querschnittes und der zwei getrennt verlaufenden Überbauten der Brückenkonstruktion, zwischen denen derzeit ein Abstand von etwa 10 m besteht, erfolgt die Erweiterung auf acht Fahrstreifen nach innen. In den vorhandenen Freiraum zwischen den getrennten Überbauten werden neue Stützen gesetzt, um den Überbau zu verbreitern; dabei wird je Richtungsfahrbahn der Überbau für jeweils einen separat aufgeständerten Fahrstreifen innen an die bestehenden Überbauten nahtlos angefügt. Mit dem Vorhaben verbunden sind u. a. die Anpassung von Rampen, die Erneuerung der Fahrbahnbefestigung, die Neugestaltung der Beleuchtung und der Rückbau sowie der Neubau von Verkehrszeichenbrücken, Unterhaltungswegen und Entwässerungsanlagen einschließlich Regenklärbecken und Pumpenbecken.

Mit dem Vorhaben einschließlich der Umweltmaßnahmen einhergehen werden bau-, anlage- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen sowohl des Vorhabensbereichs als auch benachbarter Bereiche und baulicher Anlagen durch unmittelbare Inanspruchnahmen (z. B. Grunderwerb oder bauzeitliche Flächennutzungen) oder mittelbare Auswirkungen (z. B. Schalleinwirkungen aus Baulärm oder dem späteren Betrieb). Vorhandene Anlagen einschließlich querender Leitungen werden teilweise umzubauen oder abzubauen sein. Im Rahmen der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist neben der Wiederherstellung bauzeitlich in Anspruch genommener Flächen unter anderem die Ersatzmaßnahme Grünlandaufwertung Kirchwerder Wiesen vorgesehen.

Wegen der Einzelheiten des vorgenannten Vorhabens wird auf die ausliegenden Planunterlagen verwiesen.

Die Vorhabensträgerin hat die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 5 Absatz 1 Nummer 1, 7 Absatz 3 UVPG beantragt. Die Planfeststellungsbehörde erachtet das Entfallen der Vorprüfung als zweckmäßig, da das Vorhaben auch nach ihrer Einschätzung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2 UVPG besteht unter diesen Voraussetzungen die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ohne vorherige Durchführung einer Vorprüfung.

Über die Zulässigkeit des Vorhabens kann durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden.

Die Planunterlagen, aus denen sich Art und Umfang des Vorhabens ergeben, liegen samt den Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 19 Absatz 2 UVPG vom **23. November 2017 bis zum 22. Dezember 2017** jeweils während der dortigen Amtsstunden zur Einsicht aus im

- **Bezirksamt Bergedorf**, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Kundenfoyer/WBZ31, Wentorfer Straße 38a, 21029 Hamburg, Telefon: 040/42891-4000;
- **Bezirksamt Harburg**, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Infopunkt und Geschäftsstelle, Harburger Rathausforum 2, 21073 Hamburg, Telefon: 040/42828-0, sowie in der
- **Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**, Alter Steinweg 4, VI. Stock, Raum 607 (montags bis donnerstags 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr), 20459 Hamburg.

Bei den Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 19 Absatz 2 UVPG handelt es sich insbesondere um den Erläuterungsbericht, eine Darstellung der landschaftspflegerischen Maßnahmen einschließlich Plänen, Maßnahmenblätter, Gegenüberstellung von Eingriff und Ausgleich, Angaben zum Grunderwerb, Regelungsverzeichnis, Leitungsplan mit Trassenanweisungen, die immissionstechnischen Untersuchungen einschließlich der Ergebnisse der lärmtechnischen Untersuchung und der Ergebnisse der Luftschadstoffuntersuchung, die wasserrechtlichen Untersuchungen einschließlich des entwässerungstechnischen Berichts, die umweltfachlichen Untersuchungen einschließlich des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags, des Artenschutz-Fachbeitrags, des Berichts zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen (UVP-Bericht), der darin enthaltenen allgemein verständlichen, nichttechnischen Zusammenfassung des UVP-Berichts nach § 16 Absatz 1 Nummer 7 UVPG, sowie den Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie.

Einwendungen nach § 73 Absatz 4 HmbVwVfG

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist Einwendungen gegen den Plan erheben. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen den Planfeststellungsbeschluss einzulegen, können innerhalb der vorgenannten Frist Stellungnahmen zu dem Plan abgeben. Mit Ablauf der vorgenannten Frist sind auch diese Stellungnahmen ausgeschlossen (vgl. § 73 Abs. 4 Satz 6 HmbVwVfG).

Äußerungen nach § 21 UVPG

Die betroffene Öffentlichkeit kann sich im Rahmen der Beteiligung ebenfalls zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens äußern. Die Äußerungsfrist endet einen Monat nach Ablauf der Frist für die Auslegung der Unterlagen. Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen. Die Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des Vorhabens beziehen.

Einwendungen und Äußerungen können also bis zum **22. Januar 2018** schriftlich oder zur Niederschrift bei der Planfeststellungsbehörde (Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg) oder bei den Bezirksämtern erhoben bzw. vorgebracht werden. Maßgeblich für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Eingangs. Die Versendung einer E-Mail genügt nicht. Der Eingang von Äußerungen und Einwendungen wird nicht bestätigt.

Bei Äußerungen und Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht worden sind, gilt für das Planfeststellungsverfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von den übrigen Unterzeichnern als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Äußerungen und Einwendungen, die die genannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder bei denen der Vertreter keine natürliche Person ist, können unberücksichtigt bleiben; dasselbe gilt insoweit, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben (§ 17 HmbVwVfG).

Nach Ablauf der Einwendungsfrist hat die Planfeststellungsbehörde die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen nach § 73 Absatz 4 Satz 5 HmbVwVfG sowie die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, zu erörtern. Der Erörterungstermin ist mindestens eine Woche vorher im Amtlichen Anzeiger bekannt zu machen. Die Behörden, der Träger des Vorhabens und diejenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, sind von dem Erörterungstermin zu benachrichtigen.

Nach § 17a Nummer 1 FStrG kann die Planfeststellungsbehörde auch auf eine Erörterung verzichten.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen.

Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und des Trägers des Vorhabens mehr als 50 Benachrichtigungen vom Erörterungstermin oder außer an den Träger des Vorhabens mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen,

- a) können die Personen, die Einwendungen erhoben haben, oder die Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden,
- b) kann die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen und Stellungnahmen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Bestimmungen des § 73 Absatz 3 Satz 1 und Absätze 5 bis 7 HmbVwVfG über die Bekanntmachung der Auslegung, den Erörterungstermin und die Benachrichtigung vom Erörterungstermin gelten für die Äußerungen der betroffenen Öffentlichkeit nach §§ 18, 21 UVPG entsprechend (§ 18 Absatz 1 Satz 4 UVPG).

Aufwendungen, die durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen, durch Äußerungen und die Erhebung von

Einwendungen und Stellungnahmen oder durch die Teilnahme am Erörterungstermin entstehen, können nicht erstattet werden.

Vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen (§ 73 Absatz 3 HmbVwVfG), dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Übernahme durch den Träger der Straßenbaulast wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden. Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden hiervon nicht berührt (§ 9a FStrG). Vom Beginn der Auslegung des Plans treten des Weiteren die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 9a Absatz 6 FStrG).

Die Planunterlagen sowie allgemeine Informationen zum Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren sollen ab dem Beginn der Auslegung auch im Internet unter der Adresse <http://www.hamburg.de/bwvi/np-aktuelle-planfeststellungsverfahren/> veröffentlicht werden. Maßgeblich ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (§ 27a Absatz 1 Satz 4 HmbVwVfG). Die Zugänglichmachung des Inhalts der in der vorliegenden Bekanntmachung enthaltenen Bekanntmachung nach § 19 Absatz 1 UVPG und der nach § 19 Absatz 2 UVPG auszulegenden Unterlagen (siehe oben) erfolgen im UVP-Portal unter der Adresse <http://www.hamburg.de/umweltvertraeglichkeitspruefungen-hamburg/>. Maßgeblich ist der Inhalt der ausgelegten Unterlagen (§ 20 Absatz 2 Satz 2 UVPG).

Hamburg, den 17. November 2017

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 1945

Ungültigkeitserklärung eines Jahresjagdscheines

Der durch die Stadt Hamburg, Waffenbehörde – J4 –, am 9. Juni 2016 erteilte Jagdschein mit der Dokumentennummer 80768 des Herrn Philipp May, geboren am 13. Juni 1978 in Hannover, wohnhaft Behringstraße 44a, 22763 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 3. November 2017

Die Behörde für Inneres und Sport

– Polizei –

Amtl. Anz. S. 1947

Ungültigkeitserklärung eines Jahresjagdscheines

Der durch die Stadt Hamburg, Waffenbehörde – J4 –, am 26. März 2015 erteilte Jagdschein mit der Dokumentennummer 76191 des Herrn Adolf Fröhlich, geboren am 2. März 1929 in Nieder-Ingelheim, wohnhaft Kohövedstraße 16, 22143 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 3. November 2017

Die Behörde für Inneres und Sport

– Polizei –

Amtl. Anz. S. 1947

Ergebnis des gemeinsamen Bürgerentscheids: „Elbstrand retten!“ und „Elbstrandweg für alle!“

Der gemeinsame Bürgerentscheid „Elbstrand retten!“ und „Elbstrandweg für alle!“ hat am 15. September 2017 stattgefunden. Folgendes Ergebnis ist festgestellt worden:

Abstimmungsbeteiligung		Prozent der		
		Abstimmungsberechtigten	Abstimmenden	
Abstimmungsberechtigte	201.667			
Zurückgewiesene Abstimmungsbriefe	3.792			
Abstimmende	81.326	40,33 %		
Von den Abstimmenden:				
Briefabstimmung	80.660	40,00 %		99,18 %
Persönliche Abstimmung	666	0,33 %		0,82 %
Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrand retten!“		Prozent der		
		Abstimmungsberechtigten	Abstimmenden	gültigen Stimmen
Gültige Stimmen	78.786	39,07 %	96,88 %	
Ungültige Stimmen	2.540	1,26 %	3,12 %	
Von den gültigen Stimmen:				
JA-Stimmen	62.541	31,01 %	76,90 %	79,38 %
NEIN-Stimmen	16.245	8,06 %	19,98 %	20,62 %
Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrandweg für alle!“		Prozent der		
		Abstimmungsberechtigten	Abstimmenden	gültigen Stimmen
Gültige Stimmen	72.935	36,17 %	89,68 %	
Ungültige Stimmen	8.391	4,16 %	10,32 %	
Von den gültigen Stimmen:				
JA-Stimmen	21.000	10,41 %	25,82 %	28,79 %
NEIN-Stimmen	51.935	25,75 %	63,86 %	71,21 %

Die Mehrheit der gültigen Stimmen hat bei der Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrand retten!“ mit JA gestimmt. Damit ist die Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrand retten!“ angenommen.

Die Mehrheit der gültigen Stimmen hat bei der Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrandweg für alle!“ mit NEIN gestimmt. Damit ist die Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrandweg für alle!“ nicht angenommen.

Somit ist die Auszählung der Stichfrage nicht erforderlich (das Ergebnis der Stichfrage ist nachrichtlich aufgeführt).

Stichfrage (nur nachrichtlich)		Prozent der		
		Abstimmungsberechtigten	Abstimmenden	gültigen Stimmen
Gültige Stimmen	80.385	39,86 %	98,84 %	
Ungültige Stimmen	941	0,47 %	1,16 %	
Von den gültigen Stimmen:				
Vorlage Bürgerinitiative „Elbstrand retten!“	61.199	30,35 %	75,25 %	76,13 %
Vorlage Bürgerinitiative „Elbstrandweg für alle!“	19.186	9,51 %	23,59 %	23,87 %

Die Mehrheit der gültigen Stimmen hat bei der Stichfrage für die Vorlage der Bürgerinitiative „Elbstrand retten!“ gestimmt.

Hamburg, den 18. September 2017

Das Bezirksamt Altona
Bezirksabstimmungsleiter Kersten Albers

Amtl. Anz. S. 1948

Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Straße Sandmoorweg

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 in Verbindung mit § 8 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) werden im Bezirk Altona, Gemarkung Rissen, Ortsteil 227, eine etwa 298 m² große (Flurstück 6386-3), eine etwa 360 m² große (Flurstück 6386-2) sowie eine etwa 144 m² große (Flurstück 6386-1), in der Straße Sandmoorweg liegende Wegefläche mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Pläne über den Verlauf der zu widmenden Flächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Foyer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen (schriftlich oder zu Protokoll) dort vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 7. November 2017

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1949

Öffentliche Sieranlagen

Veröffentlichung II/17

Folgende Siele sind betriebsfertig hergestellt worden:

Bezirk Altona

Schmutzwassersiel in der von der Luruper Hauptstraße Höhe Hausnummer 114 m abzweigenden gleichnamigen Erschließungsstraße etwa 65 m nach Nordosten und von dort etwa 115 m nach Nordwesten.

Bezirke Wandsbek und Hamburg-Nord

Schmutzwassersiel in der Steilshooper Straße zwischen 60 m nördlich Elligersweg und Richeystraße.

Bezirk Wandsbek

Regenwassersiel in der Straße Krempehege zwischen der Straße Im Busch und 15 m westlich der Straße Korte Blöck sowie in dem gegenüber Hausnummer 12 abzweigenden Stichweg und in dem gegenüber Hausnummer 4 abzweigenden Stichweg, dort auf eine Länge von 25 m.

Bezirk Bergedorf

Schmutzwassersiel in dem Weg Am Gleisdreieck von etwa 100 m südöstlich des Mittleren Landweges etwa 175 m nach Südosten und von etwa 330 m südöstlich des Mittleren Landweges etwa 95 m nach Südosten;

Schmutzwassersiel in den von dem Weg Am Gleisdreieck in etwa 140 m und 350 m südöstlich des Mittleren Landweges nach Nordosten abzweigenden etwa 120 m und 70 m langen gleichnamigen Stichwegen sowie in dem sich nordöstlich der Stichwege anschließenden gleichnamigen Verbindungsstück;

Schmutzwassersiel in der Straße Am Hirtenland von der Straße Haempfen etwa 80 m nach Westen und von dort etwa 90 m nach Süden.

Korrektur der Veröffentlichung I/14

Im Amtlichen Anzeiger Nr. 42 vom 30. Mai 2014 wurden auf der Seite 961 für den Bezirk Hamburg-Nord folgende Siele veröffentlicht:

Schmutz- und Regenwassersiel in der Ochsenweberstraße von der Fibigerstraße bis zum Kesselflickerweg, von dort Schmutzwassersiel bis zum Fassbinderweg.

Schmutzwassersiel im Fassbinderweg von der Ochsenweberstraße bis zum Jütlandring.

Es muss richtig heißen:

Schmutz- und Regenwassersiel in der Ochsenweberstraße von der Fibigerstraße bis zum Kesselflickerweg, von dort Schmutzwassersiel bis zum Feilenhauerweg.

Schmutzwassersiel im Feilenhauerweg von der Ochsenweberstraße bis zum Jütlandring.

Umwidmung

Bezirk Hamburg-Nord

Das Regenwassersiel in dem von der Straße Vogelweide zwischen den Hausnummern 27 a-c und 29 abzweigenden Verbindungsweg wird für eine Strecke von etwa 55 m von der Straße Vogelweide ausgehend zum Mischwassersiel erklärt.

Aufhebung II/17

Gemäß § 4 Absatz 4 des Hamburgischen Abwassergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 258, 280), zuletzt geändert am 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 540, 542), werden folgende Sieranlagen aufgehoben:

Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Wilhelmsburg

Regenwassersiel in der Thielenstraße von der Dratelnstraße etwa 40 m nach Osten.

Regenwassersiel auf dem Grundstück Mannesallee 21/21a (Flurstück 12978) östlich des Hauses Nummer 21 von der südlichen Grundstücksgrenze etwa 25 m nach Norden auf Privatgrund.

Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Kleiner Grasbrook

Regenwassersiel östlich des Kamerunweges, südlich, westlich und nördlich der Schuppen 60 und 61 sowie der etwa 100 m südlich der Straßenkehre erfolgten Anbindung an das bestehende Mischwassersiel.

Die Aufhebungsverfügung sowie die Begründung und der Lageplan können in der Zeit vom 20. November 2017 bis 20. Dezember 2017 in der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, Zimmer E.1.002, 20539 Hamburg, während der Dienststunden eingesehen werden.

Die Aufhebungsverfügung gilt mit Ende der Auslegefrist als allen gegenüber bekannt gemacht.

Gegen diese Aufhebungsverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Hamburger Stadtentwässerung, Abgabenteilung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Widerspruch erhoben werden.

Hamburg, den 17. November 2017

Hamburger Stadtentwässerung

Amtl. Anz. S. 1949

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
 Offizielle Bezeichnung:
 BRD, vertreten durch BMVg,
 diese vertreten durch die Freie und Hansestadt,
 BSW, ABH
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
 Kontaktstelle(n):
 Bundesbauabteilung,
 Vergabestelle für Freiberufliche Leistungen
 Telefax: +49/40/42792-1200
 E-Mail: BBA-FbT-Vergabe@bba.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse (URL): www.bi-medien.de
 NUTS-Code: DE600
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**
 Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter
<https://service.bi-online.de/TenderDocuments/D430406355>
 Weitere Auskünfte erteilt:
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Amt für Bauordnung und Hochbau,
 Bundesbauabteilung
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
 Kontaktstelle(n):
 BBA 22
 Telefax: +49/40/42792-1200
 E-Mail: BBA-FbT-Vergabe@bba.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse (URL): www.bi-medien.de
 NUTS-Code: DE600
 Teilnahmeanträge sind einzureichen:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Bundesbauabteilung, Vergabestelle, VIII. OG
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
 Kontaktstelle(n):
 E-Mail: BBA-FbT-Vergabe@bba.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse (URL): www.bi-medien.de
 NUTS-Code: DE600
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

I.5) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags**
 Grundsanierung Unterkunftsgebäude 3,
 Reichspräsident-Ebert-Kaserne,
 Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg
 Referenznummer der Bekanntmachung:
17 VgV 01
- II.1.2) **CPV-Code**
 71240000-2
 Zusatzteil: keine
- II.1.3) **Art des Auftrags**
 Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung**
 Die BBA ist mit der Grundsanierung und dem Umbau eines Unterkunftsgebäudes der Bundeswehr auf der Liegenschaft Reichspräsident-Ebert-Kaserne beauftragt worden, die unter Ensembleschutz steht. Das Gebäude 3 wurde in den 30er-Jahren als Mauerwerksbau mit Stahlsteindecken/Satteldach errichtet u. setzt sich aus zwei 3-gesch. Flügel u. einen 1-gesch. Querbau mit einer BGF von 6.000m² u. Baukosten von ca. 6,8 Mio. EUR zusammen. Das Gebäude soll gem. Unterkunftsstandard der Bundeswehr zu Einzelwohnräumen und gemeinschaftlichen Nutzungen umgebaut werden. Die Raumaufteilung muss die Gebäudestruktur berücksichtigen. Die Dachgeschosse werden saniert u. die Dachhaut inkl. Gauben/Fenster erneuert. Das Sichtmauerwerk muss partiell saniert werden. Die Gebäudetechnik muss komplett erneuert werden. Gegenstand des Verfahrens ist die Vergabe der Entwurfsplanung (Aufstellung ES/EW-Bau), die Ausführungsplanung u. Bauausführung für die Gebäudesanierung einschl. Umbau/Modernisierung der Innenbereiche.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
 Wert ohne MwSt.: 1.000.000,- Euro
- II.1.6) **Angaben zu den Lose**
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für maximal 3 Lose.
- II.2) **Angaben zu den Losen**
 Los 1: Objektplanung Gebäude,
 LPH 2-9 gem. § 34 HOAI 2013
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
 Objektplanung Gebäude,
 LPH 2-9 gem. § 34 HOAI 2013
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
 71240000-2
 Zusatzteil: keine

<p>II.2.3) Erfüllungsort Nuts-Code: DE600 Hauptort Ausführung: 22589 Altona, Iserbrook</p> <p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung Los 1: Vergabe der Objektplanung Gebäude, LPH 2-9 gem. § 34 HOAI 2013. Der Auftraggeber beabsichtigt darüber hinaus weitere/besondere Leistungen zu beauftragen (s. auch Vertragsentwurf u. Aufgabenbeschreibung).</p> <p>II.2.5) Zuschlagskriterien Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium, alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.</p> <p>II.2.6) Geschätzter Wert: Wert ohne MwSt.: 527.000,- Euro</p> <p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags Beginn: 1. Juni 2018 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein</p> <p>II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Auswahl erfolgt nach den Angaben zur Bewertung wie im Bewerbungsbogen beschrieben. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden, punktgleichen Bewerbern durch Los getroffen werden (§ 51 VgV, § 75 Abs. 6 VgV).</p> <p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein</p> <p>II.2.11) Angaben zu Optionen Optionen: Ja Beschreibung der Optionen: Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2-4. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5-9 stufenweise zu beauftragen.</p> <p>II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein</p> <p>II.2.14) Zusätzliche Angaben Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12. Dezember 2017. Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe an ausgewählte Bewerber: 8. Februar 2018 Bindefrist des Angebots: 2. Juli 2018</p>	<p>II.2) Angaben zu den Losen Los 2: Technische Ausrüstung, LPH 2-3 und 5-9 gem. § 55 HOAI 2013, Anlagengruppen 1, 2 und 3</p> <p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags: Technische Ausrüstung, LPH 2-3 und 5-9 gem. § 55 HOAI 2013, Anlagengruppen 1, 2 und 3</p> <p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s) 71240000-2 Zusatzteil: keine</p> <p>II.2.3) Erfüllungsort Nuts-Code: DE600 Hauptort Ausführung: 22589 Altona, Iserbrook</p> <p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung Los 2: Vergabe der Technische Ausrüstung HLS, LPH 2-3 und 5-9 gem. § 55 HOAI 2013, Anlagengruppen 1, 2 und 3. Der Auftraggeber beabsichtigt darüber hinaus weitere/besondere Leistungen zu beauftragen (s. auch Vertragsentwurf u. Aufgabenbeschreibung).</p> <p>II.2.5) Zuschlagskriterien Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium, alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.</p> <p>II.2.6) Geschätzter Wert: Wert ohne MwSt.: 248.000,- Euro</p> <p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags Beginn: 1. Juni 2018 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein</p> <p>II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Auswahl erfolgt nach den Angaben zur Bewertung wie im Bewerbungsbogen beschrieben. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden, punktgleichen Bewerbern durch Los getroffen werden (§ 51 VgV, § 75 Abs. 6 VgV).</p> <p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein</p> <p>II.2.11) Angaben zu Optionen Optionen: Ja Beschreibung der Optionen: Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2-3. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5-9 stufenweise zu beauftragen.</p>
--	--

- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12. Dezember 2017.
Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe an ausgewählte Bewerber: 8. Februar 2018
Bindefrist des Angebots: 2. Juli 2018
- II.2) **Angaben zu den Losen**
Los 3: Technische Ausrüstung, LPH 2-3 und 5-9 gem. § 55 HOAI 2013
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Technische Ausrüstung, LPH 2-3 und 5-9 gem. § 55 HOAI 2013
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
71240000-2
Zusatzteil: keine
- II.2.3) Erfüllungsort
Nuts-Code: DE600
Hauptort Ausführung: 22589 Altona, Iserbrook
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung
Los 3: Vergabe der Technische Ausrüstung, LPH 2-3 und 5-9 gem. § 55 HOAI 2013, Anlagengruppen 4, 5 und 8. Der Auftraggeber beabsichtigt darüber hinaus weitere/besondere Leistungen zu beauftragen (s. auch Vertragsentwurf u. Aufgabenbeschreibung).
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium, alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.
- II.2.6) Geschätzter Wert:
Wert ohne MwSt.: 227.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags
Beginn: 1. Juni 2018
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Die Auswahl erfolgt nach den Angaben zur Bewertung wie im Bewerbungsbogen beschrieben. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden, punktgleichen Bewerbern durch Los getroffen werden (§ 51 VgV, § 75 Abs. 6 VgV).
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: Ja
Beschreibung der Optionen: Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2-3. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5-9 stufenweise zu beauftragen.
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12. Dezember 2017.
Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe an ausgewählte Bewerber: 8. Februar 2018
Bindefrist des Angebots: 2. Juli 2018
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**
- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Der Bewerber hat den Teilnahmeantrag für die jeweiligen Lose innerhalb der Bewerbungsfrist in Form eines vollständig ausgefüllten, rechtsverbindlich unterschriebenen Bewerbungsbogens u. den geforderten Erklärungen, Anlagen u. Nachweisen zu den Ziffern III.1.2) bis III.2.3) in Papierform in einem verschlossenen Umschlag, deutlich gekennzeichnet mit dem roten Aufkleber (s. Bewerbungsbogen) einzureichen. Darüber hinausgehende Informationen sind nicht erwünscht u. werden nicht berücksichtigt. Gescannte/kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftraggeber vergeben sollen werden, zu benennen (Anlage 3: Nachunternehmerleistungen, 3.2 Auftragsanteile). Die Bewerber müssen in Stufe 1 des Verfahrens (Teilnahmeantrag) ansonsten keine Angaben über die vom Auftragnehmer beteiligten Nachunternehmer machen, es sein denn, dass Nachunternehmer mit der Erbringung von Grundleistungen der vorgenannten Objektplanung oder Technische Gebäudeausrüstung beauftragt werden sollen oder für die Erfüllung von Mindestanforderungen herangezogen werden (Eignungsleihe). Der Auftraggeber muss in diesem Fall die Erklärungen u. Nachweise sowie die Verpflichtungserklärung (Anlage 3: Nachunternehmerleistungen, 3.1 Leistungsbereitstellung) für den Nachunternehmer mit der Bewerbung vorlegen. Sofern nicht bereits in Stufe 1 alle Angaben zu Nachunternehmern gemacht werden müssen, sind in Stufe 2 (Angebotsaufforderung) des Verfahrens die Erklärungen u. Nachweise der Nachunter-

nehmer vom Auftragnehmer mit dem Angebot vorzulegen. Für den Fall einer Bewerbergemeinschaft und/oder für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erbringung von Grundleistungen oder beim Nachweis der Mindestanforderungen (Eignungsleihe) der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (Nachunternehmer), ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Nachweise und Erklärungen für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen u. Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet u. ein Mitglied als Projektleiter u. Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt u. mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Nimmt ein Bewerber bzw. eine Bewerbergemeinschaft die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so müssen der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft u. das andere Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften (§ 47 Abs. 3 VgV). Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber u. gleichzeitig als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig u. führen zum Ausschluss sowohl des Einzelbewerbers als auch der Bewerbergemeinschaft. Im Fall einer Bewerbergemeinschaft ist die Anlage 2: Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

Für alle 3 Lose sind folgende Erklärungen u. Nachweise erforderlich:

Anlage 1.1: Nachweis der Unterschriftenberechtigung

Anlage 1.2: Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Anlage 1.3: Nachweis Berufshaftpflichtversicherung

Anlage 1.4: Erklärung Beschäftigtenzahl

Anlage 1.5: Vorstellung Projektteam

Anlage 1.6: Vorstellung Referenzprojekte

Anlage 1.7: Nachweis zur Leistungsfähigkeit

Anlage 1.8: Erklärung zu Richtigkeit aller Angaben u. Nachweise

Anlage 2: Bewerbergemeinschaft

Anlage 3: Nachunternehmerleistungen

Hinweise zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE): Bei einigen Nachweisen ist es möglich, anstelle des Bewerbungsbogens die EEE zu verwenden. Die EEE muss nicht verwendet werden, wenn der Bewerbungsbogen einschl. Anlagen vollständig ausgefüllt eingereicht wird.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

BERUFSHAFTPFLICHT: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

BERUFSHAFTPFLICHT: Für jedes Los gilt eine Deckungssumme für Personenschäden von mindestens 2 Mio. EUR (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 2 Mio. EUR (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist zudem der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o. a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, als Nachweis erforderlich. Der Nachweis ist von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, welche zur Erfüllung der Mindestanforderungen oder Eignungsleihe herangezogen werden, in voller Höhe zu erbringen. Falls ein Nachunternehmer eingesetzt wird, der zur Erfüllung der Mindestanforderungen oder der Eignungsleihe dient, ist auch insoweit dieser Nachweis für den Nachunternehmer in voller Höhe zu erbringen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Los 1

BESCHÄFTIGTENANZAHL: Angabe der Beschäftigtenanzahl im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2014, 2015, 2016) im Bereich Objektplanung Gebäude.

PROJEKTTEAM: Vorstellung des für den Auftrag vorgesehenen Projektteams bestehend aus Projektleiter, Projektmitarbeiter und Bauleiter.

REFERENZPROJEKTE: Vorstellung von drei Projekten zum Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI 2013. Alle vorgestellten Projekte (P1, P2, P3) müssen innerhalb des Zeitraumes vom 1.1.2010 bis zum 1.11.2017 mit Abschluss der LPH 8 realisiert worden sein. Die Referenzen sind unter Angabe von Projektbezeichnung/Ort, Gebäudenutzung, Art der Baumaßnahme, Auftraggeber inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner, Leistungszeitraum, Leistungsbild, Baukosten (KG 300-400 n. DIN 276), Schadstoffsanierung, Innenraumgestaltung, einzureichen. Für jedes Projekt ist eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung sowie eine Beschreibung der ausgeführten Planung und Vorstellung des Projektes in Wort und Bild (farbig) auf max. 4 Seiten DIN A4 einzureichen.

AUSSTATTUNG: Erklärung über die Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung des Bewerbers.

Los 2

BESCHÄFTIGTENANZAHL: Angabe der Beschäftigtenanzahl im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2014, 2015, 2016) im Bereich Technische Ausrüstung gemäß §55 HOAI, HLS, Anlagengruppe 1, 2 und 3.

PROJEKTTEAM: Vorstellung des für den Auftrag vorgesehenen Projektteams bestehend aus Fachprojektleiter HLS und Fachbauleiter HLS.

REFERENZPROJEKTE: Vorstellung von drei Projekten zum Nachweis der erbrachten Leistungen für die Leistungsbereich Technische Ausrüstung gemäß §55 HOAI 2013. Alle vorgestellten Projekte (P1, P2, P3) müssen innerhalb des Zeitraumes vom 1.1.2010 bis zum 1.11.2017 mit Abschluss der LPH 8 realisiert worden sein. Die Referenzen sind unter Angabe von Projektbezeichnung/Ort, Gebäudenutzung, Art der Baumaßnahme, Auftraggeber inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner, Leistungszeitraum, Leistungsbild, Baukosten (KG 300-400 n. DIN 276), Besondere Anforderungen an die Trinkwasserhygiene einzureichen. Für jedes Projekt ist eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung sowie eine Beschreibung der ausgeführten Planung und Vorstellung des Projektes in Wort und Bild (farbig) auf max. 4 Seiten DIN A4 einzureichen.

AUSSTATTUNG: Erklärung über die Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung des Bewerbers.

Los 3

BESCHÄFTIGTENANZAHL: Angabe der Beschäftigtenanzahl im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2014, 2015, 2016) im Bereich Technische Ausrüstung gemäß §55 HOAI, ELT/IT/GA, Anlagengruppe 4, 5 und 8.

PROJEKTTEAM: Vorstellung des für den Auftrag vorgesehenen Projektteams bestehend aus Fachprojektleiter ELT/IT/GA und Fachbauleiter ELT/IT/GA.

REFERENZPROJEKTE: Vorstellung von drei Projekten zum Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gemäß §55 HOAI 2013. Alle vorgestellten Projekte (P1, P2, P3) müssen innerhalb des Zeitraumes vom 1.1.2010 bis zum 1.11.2017 mit Abschluss der LPH 8 realisiert worden sein. Die Referenzen sind unter Angabe von Projektbezeichnung/Ort, Gebäudenutzung, Art der Baumaßnahme, Auftraggeber inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner, Leistungszeitraum, Leistungsbild, Baukosten (KG 300-400 n. DIN 276), Realisierung Gebäudeautomation, einzureichen. Für jedes Projekt ist eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung sowie eine Beschreibung der ausgeführten Planung und Vorstellung des Projektes in Wort und Bild (farbig) auf max. 4 Seiten DIN A4 einzureichen.

AUSSTATTUNG: Erklärung über die Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung des Bewerbers.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:**Los 1**

BESCHÄFTIGTENANZAHL: im Durchschnitt (2014 bis 2016) im Bereich OP gemäß §34 HOAI mind. 3 Ingenieure.

PROJEKTTEAM: Projektleiter = Abschluss Architektur/Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master) u. mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich OP Gebäude/Nachweis Bauvorlagenberechtigung, Projektmitarbeiter = Abschluss Architektur/Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master) u. mind. 3 Jahre Berufserfahrung im Bereich OP Gebäude, Bauleiter = Abschluss Architektur/Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master) u. mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich OP Gebäude.

REFERENZPROJEKTE:

A) Alle vorgestellten Projekte müssen innerhalb des Zeitraumes vom 1.1.2010 bis 1.11.2017 mit Abschluss LPH 8 realisiert worden sein.

B) Mit mind. einem Projekt ist die Planung/Realisierung (LPH 3-8 gem. §34 HOAI 2013) einer Grundsanierung oder Umbau mit einer Bau- summe von mind. 2 Mio. EUR (KG 300-400, brutto) und mind. der Honorarzone III nachzuweisen.

C) Mit mind. einem Projekt ist die Planung/Realisierung (LPH 3-8 gem. §34 HOAI 2013) einer Grundsanierung oder Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes nachzuweisen. Die Mindeststandards können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

AUSSTATTUNG: Datenaustausch Formate DWG, DFX, GAEB, DOCX, XLSX

Los 2

BESCHÄFTIGTENANZAHL: im Durchschnitt (2014 bis 2016) im Bereich Technische Ausrüstung gemäß §55 HOAI, HLS, Anlagengruppe (AGr) 1-3 mind. 3 Ingenieure.

PROJEKTTEAM: Fachprojektleiter HLS = Abschluss (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master oder Techniker/Meister) u. mind. 8 Jahre Berufserfahrung im Bereich Technische Ausrüstung (HLS, AGr 1-3), Fachbauleiter HLS = Abschluss (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master oder Techniker/Meister) u. mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich Technische Ausrüstung (HLS, AGr 1-3).

REFERENZPROJEKTE:

A) Alle vorgestellten Projekte müssen innerhalb des Zeitraumes vom 1.1.2010 bis 1.11.2017 mit Abschluss LPH 8 realisiert worden sein.

B) Mit mind. einem Projekt ist die Planung/Realisierung (LPH 3, 5-8 gem. §55 HOAI 2013, HLS, AGr 1-3) einer Grundsanierung oder Umbau mit einer Bau- summe von mind. 3 Mio. EUR (KG 300-400, brutto) und mind. der Honorarzone II nachzuweisen.

C) Mit mind. einem Projekt ist die Planung/Realisierung (LPH 3, 5-8 gem. §55 HOAI 2013, HLS, AGr 1-3) eines Unterkunftsgebäudes der Bundeswehr oder eines Wohnheims mit ähnlicher Nutzung (s. Bewerbungsbogen) nachzuweisen.

sen. Die Mindeststandards können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

AUSSTATTUNG: Datenaustausch Formate DWG, DFX, GAEB, DOCX, XLSX.

Los 3

BESCHÄFTIGTENANZAHL: im Durchschnitt (2014 bis 2016) im Bereich Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI, ELT/IT/GA, AGr 4, 5 u. 8 mind. 3 Ingenieure.

PROJEKTTEAM: Fachprojektleiter ELT/IT/GA = Abschluss (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master oder Techniker/Meister) u. mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich Technische Ausrüstung (ELT/IT/GA, AGr 4, 5 u. 8), Fachbauleiter ELT/IT/GA = Abschluss (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master oder Techniker/Meister) u. mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich Technische Ausrüstung (ELT/IT/GA, AGr 4, 5 u. 8).

REFERENZPROJEKTE:

A) Alle vorgestellten Projekte müssen innerhalb des Zeitraumes vom 1.1.2010 bis 1.11.2017 mit Abschluss LPH 8 realisiert worden sein.

B) Mit mind. einem Projekt ist die Planung/Realisierung (LPH 3, 5-8 gem. § 55 HOAI 2013, ELT/IT/GA, AGr 4, 5 u. 8) einer Grundsanierung oder Umbau mit einer Bausumme von mind. 3 Mio. EUR (KG 300-400, brutto) u. mind. der Honorarzone II nachzuweisen.

C) Mit mind. einem Projekt ist die Planung/Realisierung (LPH 3, 5-8 gem. § 55 HOAI 2013, ELT/IT/GA, AGr 4, 5 u. 8) eines Unterkunftsgebäudes der Bundeswehr oder eines Wohnheims mit ähnlicher Nutzung (s. Bewerbungsbogen) nachzuweisen. Die Mindeststandards können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

AUSSTATTUNG: Datenaustausch Formate DWG, DFX, GAEB, DOCX, XLSX.

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Verweis auf die einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschrift:

Als Berufsqualifikation werden für die Leistungen gem. § 34 HOAI 2013 der Beruf Architekt oder Bauingenieur und für die Leistungen gem. § 55 HOAI 2013 der Beruf Ingenieur oder Meister/Techniker (HLS/ELT) gefordert. Der Bewerber muss gemäß § 67 HBauO (Hamburgische Bauordnung) bauvorlagenberechtigt sein. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der Auftraggeber hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften für das öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden und einzuhalten, u. a. die Richtlinie für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau), das Vergabe- und Vertragshandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB),

Bereichsvorschrift C-1800/114, Handbuch Gebäudeautomation (HB GA), Planungshilfe für Gemeinschaftsunterkünfte der Bundeswehr (BMVg 07/2012) in Verbindung mit dem Erlass Einführung eines neuen Unterkunftsstandards (BMVg 12/2014). Im Rahmen der Planung, Ausschreibung und Bauausführung werden an Materialqualitäten und Baustoffauswahl ökologische, ökonomische und gesundheitliche Anforderungen in Anlehnung an den Leitfaden für Nachhaltiges Bauen (BMVBS 04/2013) gestellt. Bei der Firmenvergabe nach VOB sind die Vorgaben gemäß der technischen Vorbemerkungen Schadstoffe in Baumaterialien (BBA 05/2014) anzuwenden.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung

Keine Rahmenvereinbarung

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote

12. Dezember 2017, 11.00 Uhr

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote eingereicht werden können

DE

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben

Die Unterlagen zum VgV-Verfahren – Grundsanierung Unterkunftsgebäude 3, Reichspräsident-Ebert-Kaserne – können unentgeltlich unter www.bi-medien.de abgerufen werden. Eine Registrierung ist kostenfrei, jedoch keine Pflicht. Über Änderungen werden Sie jedoch nur automatisch bei vorheriger Registrierung informiert. Ansonsten sind Sie verpflichtet, sich eigenständig die erforderlichen Informationen durch Aufruf der Seite www.bi-medien.de zu verschaffen. Fragen sind ausschließlich per E-Mail an das Funktionspostfach BBA-FbT-Vergabe@bba.hamburg.de zu stellen. Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Allgemeinen Vertragsbedingungen zu den Verträgen für freiberuflich Tätige (AVB) gemäß Anlage 1/1 zu den Vertragsmustern der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau).

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

<p>Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes Postanschrift: Villemombler Straße 76, 53123 Bonn, DE Telefon: 00 49/(0)2 28/94 99 - 0 Telefax: 00 49/(0)2 28/94 99 - 163</p>	<p>I.3) Kommunikation Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/</p>
<p>VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 160 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb von 10 Tagen bei der Vergabestelle für Freiberufliche Leistungen der Bundesbauabteilung, Amt für Bauordnung und Hochbau, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, gerügt werden. Hilft der Auftraggeber der Rüge nicht ab, kann nach Eingang der Mitteilung, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, innerhalb von 15 Kalendertagen ein Antrag auf Nachprüfung gemäß §§ 160 bis 162 GWB beim Bundeskartellamt unter der zu VI.4.1. genannten Anschrift gestellt werden. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn die Voraussetzungen von § 160 Abs. 3 GWB vorliegen. Ferner wird auf die Vorschriften der §§ 134, 135 GWB hingewiesen.</p>	<p>Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen</p>
<p>VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt Offizielle Bezeichnung: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, BBA 2 Postanschrift: Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE Teleax: +49/40/4 27 92 - 12 00</p>	<p>I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers Regional- oder Kommunalbehörde</p> <p>I.5) Haupttätigkeit(en) Allgemeine öffentliche Verwaltung</p>
<p>VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung 7. November 2017 Hamburg, den 7. November 2017 Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen – Bundesbauabteilung –</p>	<p>ABSCHNITT II: GEGENSTAND</p> <p>II.1) Umfang der Beschaffung</p> <p>II.1.1) Bezeichnung des Auftrags: SBH VgV VV 025-17 PP – Zubau von Klassen, Fachklassen und Ganztagsfläche am Othmarscher Kirchenweg 145 in Hamburg, Los 1 Objektplanung gem. § 33 ff HOAI, Los 2 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI. Referenznummer der Bekanntmachung: SBH VgV VV 025-17 PP</p> <p>II.1.2) CPV-Code Hauptteil 71240000</p> <p>II.1.3) Art des Auftrags Dienstleistungen</p> <p>II.1.4) Kurze Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1.1.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzfläche etwa 3,1 Mio. m². Im Weiteren siehe II.2.4.</p>
<p>Auftragsbekanntmachung Dienstleistungen Richtlinie 2014/24/EU</p>	<p>II.1.5) Geschätzter Gesamtwert Wert ohne MwSt.: 450.000,- Euro</p> <p>II.1.6) Angaben zu den Losen Aufteilung des Auftrags in Lose: ja Angebote sind möglich für maximal 2 Lose.</p>
<p>ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER</p>	<p>II.2) Beschreibung</p> <p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags: Objektplanung gem. § 33 ff HOAI Los-Nr.: 1</p> <p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s) 71240000</p>
<p>I.1) Name und Adressen Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH Schulbau Hamburg Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de NUTS-Code: DE600 Internet-Adresse(n): Hauptadresse: http://www.hamburg.de/schulbau/</p>	
<p>I.2) Gemeinsame Beschaffung</p>	

- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE6
Hauptort der Ausführung: Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Die Loki-Schmidt-Grundschule im Othmarscher Kirchenweg 145 in 22763 Hamburg ist eine aktuell 3- bis 4-zügige Grundschule mit Vorschulklasse (VSK). Sie liegt an der Stadtteilgrenze zu Ottensen und Bahrenfeld in Othmarschen.
Aktuell werden die ca. 300 Schülerinnen und Schüler von ca. 30 Pädagoginnen und Pädagogen unterrichtet. Die Loki-Schmidt-Schule ist eine Schwerpunktschule im Ganztagsbetrieb, die ihre Arbeit speziell auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen geistige, körperliche und motorische Entwicklung sowie Hören, Sehen oder Autismus ausgerichtet hat.
Um die Bedarfe der umliegenden Wohnungsneubauten abdecken zu können wird die Loki-Schmidt-Schule auf 5-Züge ausgebaut (inklusive VSK). Für den erforderlichen Zubau wurde bereits eine Teilfläche des angrenzenden Sportplatzes angekauft.
Das Zubauprojekt umfasst ca. 1200m² NGF gem. DIN 277, die sowohl Flächen für allgemeine Unterrichtsräume und Differenzierungsflächen, Fläche für einen Musikraum als auch Fläche für den Ganztagsbereich und die Vorrüstung für eine Vitalküche beinhaltet.
Nach Fertigstellung des Zubaus (Mai 2020) erfolgt der Umbau im Bestand des Gebäudes 01 (Fertigstellung Mai 2021). Im Rahmen des Umbaus wird die bestehende Fläche der Essensein- nahme und Küche in Flächen für Kunst, Spielzentrum sowie Bewegungsfläche einschließlich Nebenräume hergerichtet. Der Leistungsanteil für den Umbau ist im Verhältnis zum Zubau sehr gering und wird daher als optionale Leistung vergeben.
Das veranschlagte Gesamtbudget für den Zubau und Umbau beträgt ca. 3.580.000,- Euro brutto (KG 200-700 gem. DIN 276). Davon entfallen anteilig geschätzt ca. 1.880.000,- Euro brutto auf die Kostengruppe 300 gem. DIN 267 und ca. 900.000,- Euro brutto auf die Kostengruppe 400 gem. DIN 267.
An den Verhandlungen zur Objektplanung nimmt ggf. eine Vertretung der Schulleitung als Sachverständige teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verhandlungsverfahrens durch die WSP Deutschland AG, Niederlassung Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.
Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:
– Leistungsphase 2 gem. § 34 ff HOAI, Objektplanung für den Zubau von ca. 1200m² NGF gem. DIN 277.
– Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 34 ff HOAI, Objektplanung für den Zubau von ca. 1200m² NGF gem. DIN277 als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
– Leistungsphasen 1 bis 9 gem. § 34 HOAI, Objektplanung für den nachgelagerten Umbau als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Im Rahmen der Angebotspräsentation für LOS 1 (Objektplanung) stellen die Bieter jeweils eine Lösungsskizze vor. Hierbei handelt es sich um Besondere Leistungen der Grundlagenermittlung LPH 1 im Leistungsbild Objektplanung (prüfen möglicher Standorte für den Zubau auf der Liegenschaft). Vor dem Hintergrund des o.g. Leistungsumfangs wird die Leistung pro Bieter mit einem pauschalen Bearbeitungshonorar von 1000,- Euro (netto) seitens der Auftraggeberin vergütet. Die von dem Bieter angefertigten Lösungsvorschläge sind der Auftraggeberin mit der Präsentation auszuhändigen und werden deren Eigentum. Die Bieter erklären sich damit einverstanden, dass die vergütete Leistung für weiterführende Standortuntersuchungen von der Auftraggeberin genutzt werden kann. Die Auftraggeberin erhält die Nutzungsrechte der Lösungsskizzen.
Durch die Büros GKKK Architekten und BPV Architekten wurden Machbarkeitsstudien mit Flächenkonzept für den Standort unter anderen Voraussetzungen erstellt. Die vorgenannten Büros sind von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 15
Qualitätskriterium – Name:
Lösungskonzept/Gewichtung: 25
Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 15
Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 5
Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 245.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 36
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten

- Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
- Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-4 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-4 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-3 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 32 Punkte erreicht werden.
- Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Um Nachforderungen zu vermeiden, bitten wir darum die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.
- Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gem. § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
- Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 34 ff HOAI, Objektplanung für den Zubau von ca. 1200 m² NGF gem. DIN277 als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
 - Leistungsphasen 1 bis 9 gem. § 34 HOAI, Objektplanung für den nachgelagerten Umbau als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI
Los-Nr.: 2
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
71240000
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE6
Hauptort der Ausführung: Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Maßnahmentext siehe II.2.4) Los 1
Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:
- Leistungsphase 2 gem. § 55 HOAI technische Ausrüstung in den Anlagengruppen 1 bis 8 (inkl. Küchenplanung),
 - Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 55 HOAI, technische Ausrüstung in den Anlagengruppen 1 bis 8 (inkl. Küchenplanung) als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 20
Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 30
Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 10
Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 205.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 36
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen

Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der technischen Ausrüstung eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 22 Punkte erreicht werden.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Um Nachforderungen zu vermeiden, bitten wir darum die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gem. § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 55 HOAI, technische Ausrüstung in den Anlagengruppen 1 bis 8 (inkl. Küchenplanung) als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis der Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
- Anlage 1F: Eigenerklärung Fortbildung mit dem Schwerpunkt der Vergaberechtsreform VOB mind. A / B (Vordruck);
- Anlage 1G: Eigenerklärung zur Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1H: Eigenerklärung zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1I: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1J: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;
- Anlage 3A: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung (Kopie);
- Anlage 3B: Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (Studiennachweis);
- Für Los 1 Anlage 3C1/3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung gem. § 33 ff HOAI (siehe II.2.9) sowie III.1.3) mit Referenzschreiben.
- Für Los 2 Anlage 3C1/3C2: Darstellung von zwei Referenzprojekten für Leistungen der

Technischen Ausrüstung gem. § 35 ff HOAI (siehe II.2.9), III.1.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/>

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer und des Loses) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis je Los (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1.500.000 Euro für Personenschäden, mind. 1.000.000 Euro für sonstige Schäden). Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindes-

tens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Mit den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

LOS 1: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,- Euro (netto) erreichen.

LOS 2: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000,- Euro (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Los 1: Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV

Los 2: Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier:

LOS 1: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur (mindestens FH).

LOS 2: Abschluss Studium für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI (mind. FH) oder Abschluss Staatsexamen als Techniker gem. & 1-3 & 5 HmbIngG.

C) Nachweis der erbrachten Leistungen, hier

LOS 1: zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI.

Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten mit den zusätzlichen Anforderungen des Zubaus im laufenden Betrieb an einem komplexen Gebäudeensemble zeigt, dass der in § 46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren das Teilnehmerfeld stark eingrenzt. Um einen Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 5 Jahre erhöht.

LOS 2: zwei Projekte für den Leistungsbereich technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI.

Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten mit den zusätzlichen Anforderungen aller Anlagengruppen inklusive der Küchentechnik (Vitalküche) zeigt, dass der in § 46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren das Teilnehmerfeld stark eingrenzt. Um einen Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 8 Jahre erhöht.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistung gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276) und NGF (gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(C) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten 3 Jahre (2014, 2015, 2016). Hiervon sind für:

LOS 1: Objektplanung gem. § 33 ff HOAI mind. 3 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

LOS 2: technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI mind. 2 festangestellte staatlich geprüfte Haus-techniker/-innen Fachrichtung HLS oder Ingenieure/-innen bzw. Absolventen (mind. FH) für den Leistungsbereich technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI Anlagengruppen 1-3, 8 (Heizungs-, Lüftungs-, Sanitärtechnik); mind. 1 festangestellte staatlich geprüfte Haustechniker/-innen Fachrichtung ELT oder Ingenieure/-innen bzw. Absolventen (mind. FH) für den Leistungsbereich technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI Anlagengruppen 4-6 (Elektrotechnik); mind. 1 festangestellte staatlich geprüfte Techniker/-innen Fachrichtung Küchenplanung oder Ingenieure/-innen bzw. Absolventen (mind.

FH) für den Leistungsbereich technische Ausrüstung gem. § 53 ff. HOAI Anlagengruppen 7 (Küchentechnik) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten.

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Los 1: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

Los 2: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle der Auftraggeberin gesondert verpflichtet.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
Tag: 4. Dezember 2017, 14.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Bewerbungsunterlagen für die hier jeweils ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form auf der vorgenannten Plattform sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/vgv-ausschreibungen/>
Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Während der Angebotsphase werden „Fragen und Antworten“ nur in anonymisierter Form per E-Mail übermittelt. Die Aufforderung zur finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt ebenfalls per E-Mail.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: LOS 1:Versendung der Angebotsaufforderung 51. KW 2017; Einreichung der Honorarangebote 5. KW 2018; Verhandlungsgespräche 7. KW 2018. LOS 2:Versendung der Angebotsaufforderung 4. KW 2017; Einreichung der Honorarangebote 9. KW 2018; Verhandlungsgespräche 11. KW 2018.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

3. November 2017

Hamburg, den 8. November 2017

Die Finanzbehörde

913

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe, Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Telefax: 040/42731-0143,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 121-17 IE**
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Forsmannstraße 32 in 22303 Hamburg

- f) Die Maßnahme umfasst die Sanierung eines denkmalgeschützten Schulgebäudes und einer dazugehörigen, direkt angrenzenden Sporthalle. Das Schulgebäude sowie Turnhalle stehen unter Denkmalschutz. Das Hauptgebäude ist ein 4-geschossiger Putzbau mit hoch liegendem Kellergeschoss und nicht ausgebautem Dachgeschoss (Walm- und Mansarddächer). Die Sporthalle mit ebenfalls nicht ausgebautem Dachgeschoss ist eingeschossig und nicht unterkellert. Entworfen und errichtet wurde die Anlage von dem Baumeister Albert Erbe in den Jahren 1908-1910. Der Schulhof ist komplett durch Bestandsgebäude, L-förmig dazu angeordneter Turnhalle und Gartenmauern umschlossen. Die Turnhalle wurde im Jahre 1977 durch eingeschossige Umkleidenhofseitig erweitert.
- Die Baumaßnahme findet in 2 Bauabschnitten statt: 1. Bauabschnitt Haupthaus, 2. Bauabschnitt Sporthalle.
- Im Rahmen der denkmalgerechten Sanierung wird die Gebäudehülle von Schäden befreit, Fenster erneuert und Wärmeschutz-, Außen- sowie Innenabdichtungsmaßnahmen durchgeführt. Wandbekleidungen, Bodenbeläge und Decken sind zu erneuern. Wärmeversorgungsanlagen, Schwach- und Starkstromanlagen sowie Sanitäreanlagen werden ebenfalls erneuert bzw. nach Erfordernis ergänzt.
- Hier: Los 1: Sanitärinstallationsarbeiten
Los 2: Heizungsinstallationsarbeiten
- HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: ja
- Angebote sind möglich für mehrere Lose.
- Los 1: Sanitärinstallationsarbeiten
- ca. 28 Stk. Waschtischanlagen
 - ca. 23 Stk. WC-Anlagen
 - ca. 9 Stk. Urinal-Anlagen
 - ca. 6 Stk. Duschplätze
 - 1 Stk. Fettabscheideranlage NG2
 - ca. 340 m Abwasserleitungen
 - ca. 460 m Trinkwasserleitungen
- Los 2: Heizungsinstallationsarbeiten
- ca. 191 Stk. Erneuerung Heizkörper
 - ca. 191 Stk. Erneuerung Thermostatventile
 - ca. 1914 Stk. Einbau RL-Verschraubungen
 - Anpassungsarbeiten Bestandsrohrnetz
 - max. 300 m Rohrleitungen erneuern
 - Einbau Frischwasserstation für Warmwassererzeugung
 - ca. 200 m Isolierung ungedämmter Leitungen
- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich):
für beide Lose: ca. Ende Januar/Anfang Februar 2018
- Fertigstellung oder Dauer der Ausführung:
für beide Lose: ca. Ende August 2019
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie sowohl auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
als auch auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.
- Hinter „LINK Los 1“ und „LINK Los 2“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.
- Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
- Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.
- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 28. November 2017, 11.00 Uhr für Los 1 und bis zum 28. November 2017, 11.30 Uhr für Los 2, eingereicht werden.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist für Los 1 am 28. November 2017 um 11.00 Uhr und für Los 2 am 28. November 2017 um 11.30 Uhr.
- Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): für Los 1 am 28. November 2017 um 11.00 Uhr und für Los 2 am 28. November 2017 um 11.30 Uhr.
- Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.
- Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.
- Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.
- Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.

- v) Die Bindefrist endet am 5. Januar 2018.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0137
- x) Zuschlagskriterien:
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- y) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepage veröffentlicht:
SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 7. November 2017

Die Finanzbehörde

914

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0143,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 123-17 AS**
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Forsmannstraße 32 in 22303 Hamburg
- f) Die Maßnahme umfasst die Sanierung eines denkmalgeschützten Schulgebäudes und einer dazugehörigen, direkt angrenzenden Sporthalle. Das Schulgebäude sowie Turnhalle stehen unter Denkmalschutz. Das Hauptgebäude ist ein 4-geschossiger Putzbau mit hoch liegendem Kellergeschoss und nicht ausgebautem Dachgeschoss (Walm- und Mansarddächer). Die Sporthalle mit ebenfalls nicht ausgebautem Dachgeschoss ist eingeschossig und nicht unterkellert. Entworfen und errichtet wurde die Anlage von dem Baumeister Albert Erbe in den Jahren 1908-1910. Der Schulhof ist komplett durch Bestandsgebäude, L-förmig dazu angeordneter Turnhalle und Gartenmauern umschlossen. Die Turnhalle wurde im Jahre 1977 durch eingeschossige Umkleidenhofseitig erweitert.
Die Baumaßnahme findet in 2 Bauabschnitten statt: 1. Bauabschnitt Haupthaus, 2. Bauabschnitt Sporthalle.
Im Rahmen der denkmalgerechten Sanierung wird die Gebäudehülle von Schäden befreit, Fenster erneuert und Wärmeschutz-, Außen- sowie Innenabdichtungsmaßnahmen durchgeführt. Wandbekleidungen, Bodenbeläge und Decken sind zu erneuern. Wärmeversorgungsanlagen, Schwach- und Starkstromanlagen sowie Sanitäranlagen werden ebenfalls erneuert bzw. nach Erfordernis ergänzt.
- Hier: Los 1: Gerüstbauarbeiten
Los 2: Bodenbelagsarbeiten
Los 3: Fassadensanierung
Los 4: Maler- und Lackierarbeiten
- HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: ja
Angebote sind möglich für mehrere Lose.
Los 1: Gerüstbauarbeiten
– Schutzabdeckung, Schalttafel, OSB, 60 m²
– Vorhaltung, Schutzabdeckung OSB, 720 m² Wo
– Standgerüst als Fassadengerüst 3.805 m²
– Gebrauchsüberlassung Fassadenrüstung, 74.780 m² Wo
– Schutz- und Fanggerüste über den Zugängen 3 St
– Dachfangschutz 360 m
– Zusätzliche Gerüsttreppen 50 St
– Abplanung Gerüstflächen, 2.070 m²
– Innengeländer, 1.010 m
Los 2: Bodenbelagsarbeiten
– Untergrundvorbereitung, schleifen 3000 m²
– Estrich-Grundierung und Absperrung 3000 m²
– Ausbesserungsarbeiten im Estrich 100 m²
– Schließen von Schwind- und Arbeitsfugen 500 m
– Spachteln, vollflächig, Zementspachtel, 3.000 m²
– Linoleum-Bodenbelag (Flure/Klassenräume) 3.000 m²
– Linoleum-Bodenbelag in Treppenhäusern, 206 m²
– Scheuerleisten, 2.300 m
– Zulage für elastische Versiegelung, 2.300 m
Los 3: Fassadensanierung
– Holzfenster, Abplanen, BxH, 89 St
– Schutz von Natursteinflächen 2.000 m²
– Auffangwanne, 120 m
– Dreistufiges Absetzbecken, 2 St
– Mobile Abwasserbehandlungsanlage, 2 St
– Entsorgung von Lack- und Farbschlamm 500 kg
– Fassadenfarbe abbeizen, Leibungen 2.400 m²
– Fassadenfarbe abbeizen, Leibungen, 2.034 m
– Abbruch Wand-Außenputz, über 5m², 10 m²
– Fassadenanstrich, Dis.-Silikat-Farbe, 2.400 m²
– Fassadenanstrich, Leibungen, 1.314 m
– Stahlstürze in der Fassade neu Beschichten 80 m
– Stahlstürze in der Fassade ersetzen, 40 m
– Stahlstürze im Hintermauerwerk, ersetzen, 40m
Los 4: Maler- und Lackierarbeiten
– Reinigung der Innenputzflächen mit Altanstrich, 4.500 m²
– Wandflächen vollflächig spachteln, 3.200 m²
– Anstrich, Innenwandflächen (Dispersion), 4,500 m²

- Dauerelastische Fugenversiegelung, 2.800 m²
 - Deckenflächen vollflächig spachteln, 230 m²
 - Anstrich auf Decken (Dispersion), 230 m²
 - Anstrich (Dispersion) Abhangdecke, glatt, 290 m²
 - Anstrich (Dispersion) abgehängte Lochdecke, 520 m²
 - Anstrich (Dispersion) GK – Abhangdecke, glatt, als Fries um Lochdecke, 660 m²
 - Abstrich (Dispersion) GK – Abhangdecke, glatt,
 - Als Fries um Akustikdecke, 550 m²
 - Anstrich Deckenuntersichten Treppenhaus, 300 m²
 - Malerglasvlies, fein 200 m²
 - Reinigung der Innenputzflächen mit Altanstrich, 4.500 m²
 - Anstrich der historischen Türblätter, 146 St
 - Anstrich aus Holzzargen, 146 St
 - Anstrich auf Holz-Fußleisten, 2.275 m
 - Anstrich Vitrine, 2 St
 - Röhrenradiator lackieren, 36 St
 - Flachheizkörper lackieren, 5 St
 - Anstrich U-Zargen, 41 St
 - Anstrich Türblatt mit Eck-Zarge, 17 St
 - Anstrich Stahlblech-Türblatt, 30 St
- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich):
Los 1. ca. 19. Februar 2018,
Los 2. ca. 14. September 2018,
Los 3. ca. 19. Februar 2017,
Los 4. ca. 8. Juni 2018
Fertigstellung oder Dauer der Ausführung:
für alle Lose ca. 27. August 2019
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie sowohl auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
als auch auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Hinter „LINK Los 1“, „LINK Los 2“, „LINK Los 3“ und „LINK Los 4“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.
- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 29. November 2017, 10.00 Uhr für Los 1, bis zum 29. November 2017, 10.30 Uhr für Los 2, bis zum 29. November 2017, 11.00 Uhr für Los 3 und bis zum 29. November 2017, 11.30 Uhr für Los 4, eingereicht werden.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist für Los 1 am 29. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 29. November 2017 um 10.30 Uhr, für Los 3 am 29. November 2017 um 11.00 Uhr und für Los 4 am 29. November 2017 um 11.30 Uhr.
Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): für Los 1 am 29. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 29. November 2017 um 10.30 Uhr, für Los 3 am 29. November 2017 um 11.00 Uhr und für Los 4 am 29. November 2017 um 11.30 Uhr.
Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bieter der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.
Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.
Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.
- v) Die Bindefrist endet am 5. Januar 2018.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37
- x) Zuschlagskriterien:
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- y) Anfragen von Bieter werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 8. November 2017

Die Finanzbehörde

915

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/427 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 124-17 TG**
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.

- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Forsmannstraße 32 in 22303 Hamburg
- f) Die Maßnahme umfasst die Sanierung eines denkmalgeschützten Schulgebäudes und einer dazugehörigen, direkt angrenzenden Sporthalle. Das Schulgebäude sowie Turnhalle stehen unter Denkmalschutz. Das Hauptgebäude ist ein 4-geschossiger Putzbau mit hoch liegendem Kellergeschoss und nicht ausgebautem Dachgeschoss (Walm- und Mansarddächer). Die Sporthalle mit ebenfalls nicht ausgebautem Dachgeschoss ist eingeschossig und nicht unterkellert. Entworfen und errichtet wurde die Anlage von dem Baumeister Albert Erbe in den Jahren 1908-1910. Der Schulhof ist komplett durch Bestandsgebäude, L-förmig dazu angeordneter Turnhalle und Gartenmauern umschlossen. Die Turnhalle wurde im Jahre 1977 durch eingeschossige Umkleidenhofseitig erweitert.

Die Baumaßnahme findet in 2 Bauabschnitten statt:
1. Bauabschnitt Haupthaus, 2. Bauabschnitt Sporthalle.

Im Rahmen der denkmalgerechten Sanierung wird die Gebäudehülle von Schäden befreit, Fenster erneuert und Wärmeschutz-, Außen- sowie Innenabdichtungsmaßnahmen durchgeführt. Wandbekleidungen, Bodenbeläge und Decken sind zu erneuern. Wärmeversorgungsanlagen, Schwach- und Starkstromanlagen sowie Sanitäranlagen werden ebenfalls erneuert bzw. nach Erfordernis ergänzt.

Hier: Los 1: Holzfenster
Los 2: Zimmermannsarbeiten
Los 3: Trockenbauarbeiten
Los 4: Dachdeckerarbeiten

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: ja
Angebote sind möglich für mehrere Lose.
Los 1: Holzfenster
- Demontage Fensterelement, BxH ca. 1,00-2,20 m x 1,00-2,65 m,
 - Demontage Fensterelement, mit Rundbogen, 1,40-295 x 1,40-5,50, 10 St
 - Notverglasung BxH ca. 1,00-1,40x1,00-5,50, 117 St

- Holzfenster, BxH ca. 0,85-2,65 x 0,95 -1,13 m, 102 St
- Holzfenster mit Rundbogen BxH ca. 1,40 x 2,15-5,50 m
- Fensterbank, Kupferblech, L=0,90 – 2,15 m, 94 St
- Fensterbank, Kupferblech, über 2,15 m, 50,00 m
- Durchsicht Holzfenster, BxH ca. 1,00-2,65 x 1,45-2,65m, 103 St
- Durchsicht Holzfenster mit Korbbogen, BxH ca. 2,56 x 2,75 m, 5 St
- Anstrich Holzfenster, BxH ca. 1,00 -2,65 x 1,45-2,65 m, 103 St
- Anstrich Holzfenster mit Korbbogen, BxH ca. 2,56 x 2,75 m, 5 St
- Anstrich 2-flg. Holz-Türelement (T1) 1 St

Los 2: Zimmermannsarbeiten

- Pos. 1 im Übersichtsplan
- Durchsicht und Prüfung der Dachkonstruktion 1 psch
- Reinigung des Untergrundes 850 m²
- Schließen von Schwind- und Arbeitsfugen 850 m²
- Dämmung, Mineralwolle WLG 032 d= 20 cm 880 m²
- Pos. 3 im Übersichtsplan 1 psch
- Holz im Dachstuhl auf Risse und Spalten prüfen 200 m

Los 3: Trockenbauarbeiten

- Metallständerwand, D 125 mm, 50 dB 210,00 m²
- Gleitender Deckenanschluss, 55,00 m
- GK-Vorwand, 1-lagig, Tiefe bis 30 cm 75 m²
- F-90-Metallständerwand, D 100 mm, 20,00 m²
- F-90-Metallständerwand, D 125 mm, 52,00 m²
- Metallständerwand, D 125 mm, 60 dB 36,00 m²
- GK-Abhangdecke, glatt 95 m²
- GK-Abhangdecke, glatt, imprägniert, 210,00 m²
- Akustik-Lochdecke, 540,00 m²
- Umlaufender Fries Akustikdecken, 560 m²
- Akustik-Systemdecken 875 m²
- Hygiene-Rasterdecke, 35,00 m²
- Zulage für Gardinenschienen, 240,00 m
- Zulage für Sturzausbildung, 240,00 m
- Revisionsklappe, 20-60x20-60 cm, 70,00 St

Los 4: Dachdeckerarbeiten

- Austausch beschädigter Dachziegel 4.700 St
- Reinigung der Dachflächen, 2.232,00 m²
- Neue Eindeckung für Dachflächenfenster 8 St
- Austausch beschädigter Schneefanggitter 30 m
- Klammern zur Windsogsicherung, 950,00 m²
- Reinigung der Regenrinnen, 266 m
- Horizontale Rinnenverlängerung 4 St
- 2-Lagige bit. Abdichtung, 182,00 m²
- 2-lagiger bit. Abdichtung, Wandanschluss 26 m
- Neue Dachrinnen, 400er 35 m
- Abbruch Dachabdichtung, 85,00 m²
- Dampfsperre unter Dämmung, 85,00 m²
- 2-Lagige bit. Abdichtung, 85,00 m²
- Erneuerung Stehfalzdeckung, 30,00 m²
- Metalldeckung Wandanschluss, 100 m

- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich):
Los 1 ca. 19. Februar 2018
Los 2 ca. 19. Februar 2018
Los 3 ca. 7. März 2018
Los 4 ca. 19. Februar 2018
Fertigstellung oder Dauer der Ausführung:
für alle Lose ca. 27. August 2019
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie sowohl auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
als auch auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Hinter „LINK Los 1“, „LINK Los 2“, „LINK Los 3“ und „LINK Los 4“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.
- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 29. November 2017, 10.00 Uhr für Los 1, bis zum 29. November 2017, 10.30 Uhr für Los 2, bis zum 29. November 2017, 11.00 Uhr für Los 3 und bis zum 29. November 2017, 11.30 Uhr für Los 4, eingereicht werden.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist für Los 1 am 29. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 29. November 2017 um 10.30 Uhr, für Los 3 am 29. November 2017 um 11.00 Uhr und für Los 4 am 29. November 2017 um 11.30 Uhr.
Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): für Los 1 am 29. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 29. November 2017 um 10.30 Uhr, für Los 3 am 29. November 2017 um 11.00 Uhr und für Los 4 am 29. November 2017 um 11.30 Uhr.
Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.

Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.

Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.

- v) Die Bindefrist endet am 5. Januar 2018.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0137
- x) Zuschlagskriterien:
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- y) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 8. November 2017

Die Finanzbehörde

916

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0143,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 122-17 PF**
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Forsmannstraße 32, 22303 Hamburg
- f) Die Maßnahme umfasst die Sanierung eines denkmalgeschützten Schulgebäudes und einer dazugehörigen, direkt angrenzenden Sporthalle. Das Schulgebäude sowie Turnhalle stehen unter Denkmalschutz. Das Hauptgebäude ist ein 4-geschossiger Putzbau mit hoch liegendem Kellergeschoss und nicht ausgebautem Dach-

geschoss (Walm- und Mansarddächer). Die Sporthalle mit ebenfalls nicht ausgebautem Dachgeschoss ist eingeschossig und nicht unterkellert. Entworfen und errichtet wurde die Anlage von dem Baumeister Albert Erbe in den Jahren 1908-1910. Der Schulhof ist komplett durch Bestandsgebäude, L-förmig dazu angeordneter Turnhalle und Gartenmauern umschlossen. Die Turnhalle wurde im Jahre 1977 durch eingeschossige Umkleidenhofseitig erweitert.

Die Baumaßnahme findet in 2 Bauabschnitten statt: 1. Bauabschnitt Haupthaus, 2. Bauabschnitt Sporthalle.

Im Rahmen der denkmalgerechten Sanierung wird die Gebäudehülle von Schäden befreit, Fenster erneuert und Wärmeschutz-, Außen- sowie Innenabdichtungsmaßnahmen durchgeführt. Wandbekleidungen, Bodenbeläge und Decken sind zu erneuern. Wärmeversorgungsanlagen, Schwach- und Starkstromanlagen sowie Sanitäranlagen werden ebenfalls erneuert bzw. nach Erfordernis ergänzt.

Hier: Los 1: Bauhaupt

Los 2: Metallbau- und Schlosserarbeiten

Los 3: Elektroarbeiten

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) Aufteilung in Lose: ja

Angebote sind möglich für mehrere Lose.

Los 1: Bauhaupt

- Zementputz auf freigelegten Wandflächen, 422 m²
- Zementestrich auf freigelegten Fußboden, 301 m²
- Deckenschlitze, 33 m
- Wandschlitze, 72 m
- Stahlträger sanieren, 50 m
- Strahlträger austauschen, Umfang 0,64 m, 30 m
- Strahlträger austauschen, Umfang 1,62 m, 20 m
- Wandputz als Zementputz, über 2,5 m², 40 m²
- Zementputz der Treppenwände, 50 m²
- Zementputz für Stürze, Tür- und Fenster, 100 m
- Zementputz Decken, 50 m²
- Zementputz Decken, über 0,50 bis 1,5 m², 25 m²
- Putzdeckprofil, Stahlblech, verzinkt, 60
- Putzabschlussprofil, Stahlblech, verzinkt, 20 m
- Wasserabweisender Sperrputz, 30 m²
- Abbruch Schächte, Mauerwerk plus Putz, 42 m
- Putzabbruch, bis 0,50 Einzelfläche, 25 Stk
- Putzarmierung, Putzträger, verzinkt, 20 m²
- Wanddurchbrüche herstellen, bis 1,16 m², 5 Stk
- Deckendurchbrüche herstellen, bis 0,16 m², 5 Stk
- Deckendurchbrüche schließen, bis 0,04 m², 30 Stk
- Deckendurchbrüche schließen, bis 0,16 m², 30 Stk
- Sanierung von Rissen in Wänden 15 Stk

Los 2: Metallbau- und Schlosserarbeiten

- Stahl-Tür-Element, 2-flg. Ca. 2,06x2,65m, 1,0 Stk
- Stahlrohrrahmentür-RS-Tür-Element mit Oberlicht 10,00 Stk
- T30/RS-1, ca. 0,75-1,135x2,01-2,29 m, 8,0 Stk
- T0-1, ca. 0,885-1,02x2,01-2,29 m, 4,0 Stk
- Geländererhöhung TRH 1, 22,00 m
- Geländer Dachgeschoss, 90,00m
- Gittertür 2-flg. „Laube“, 1,0 Stk
- Gitterrost Kasematten prüfen, 5,0 Stk
- Lüftungsgitter vor Kellerfenster prüfen, 10,0 Stk
- Entglasen und Neuverglasung, 14,0 Stk

Los 3: Elektroarbeiten

- Erneuerung Elektro Hausanschluss und Hauptverteilung
- Ertüchtigung Etagen-Unterverteilungen 15 Stk.
- Neumontage Unterverteilungen 2 Stk.
- Brüstungskanal ca. 300m
- Aluminium-Steckrohr ca. 1.500m
- Kabelleitungen ca. 7,5 km
- Installationsgeräte 145 Stk.
- Montage bauseits gelieferter Leuchten ca. 740 Stk.
- Messung von ca. 3 km Bestandsleitungen auf Wiederwendbarkeit
- Messung von ca. 400 Installationsgeräten

i) Beginn der Ausführung (sofern möglich):

Los 1 ca. 24. Januar 2018,

Los 2 ca. 7. März 2018,

Los 3 ca. 19. Februar 2018

Fertigstellung oder Dauer der Ausführung:
für alle Lose: ca. 27. August 2019

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie sowohl auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

als auch auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.

Hinter „LINK Los 1“, „LINK Los 2“ und „LINK Los 3“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 29. November 2017, 10.00 Uhr für Los 1, bis zum 29. November 2017, 10.30 Uhr für Los 2 und bis zum 29. November 2017, 11.00 Uhr für Los 3, eingereicht werden.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:

SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,

Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist für Los 1 am 29. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 29. November 2017 um 10.30 Uhr und für Los 3 am 29. November 2017 um 11.00 Uhr.
Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): für Los 1 am 29. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 29. November 2017 um 10.30 Uhr und für Los 3 am 29. November 2017 um 11.00 Uhr.
Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.
Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.
Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.
- v) Die Bindefrist endet am 5. Januar 2018.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37
- x) Zuschlagskriterien:
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- y) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 8. November 2017

Die Finanzbehörde

917

Auftragsbekanntmachung
Bauauftrag

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

SBH VOB OV 090-17 PF – Stadtteilschule Niendorf, Ausbau zur achtzügigen Ganztagschule, Paul-Sorge-Straße 133-135 in 22455 Hamburg – hier: Stahlbau und Schlosser.

Referenznummer der Bekanntmachung:

SBH VOB OV 090-17 PF

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214220

II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Stadtteilschule Niendorf – Ausbau zur achtzügigen Ganztagschule Paul-Sorge-Straße 133-135, 22455 Hamburg, NFG gesamt ca. 6 515 m²

Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme: voraussichtlich Juni 2016 bis Dezember 2018.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 160.000,- Euro

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

<p>II.2) Beschreibung</p> <p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags</p> <p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 45262670, 45340000</p> <p>II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code: DE600 Hauptort der Ausführung: Paul-Sorge-Straße 133-135 in 22455 Hamburg.</p> <p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung: – Flachstahlgeländer und Brüstungen für Außentreppe ca. 180 m – Gitterroste für Außentreppeanlagen ca. 88 m² – Flachstahlgeländer und Brüstungen für Innentreppe ca. 32 m – Handläufe, Buche für Rampen und Treppengeländer: ca. 106 m – Unterkonstruktion für Türen: 18 Stck.</p> <p>II.2.5) Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis</p> <p>II.2.6) Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 160.000,- Euro</p> <p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 10 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein</p> <p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein</p> <p>II.2.11) Angaben zu Optionen Optionen: nein</p> <p>II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen</p> <p>II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein</p> <p>II.2.14) Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. 1.–4. Quartal 2018 Beginn Hauptmaßnahme: ca. Februar/März 2018 Umbau Verwaltung und Eingang: ca. 3. Quartal 2018 Fertigstellung Hauptmaßnahme: ca. 3. Quartal 2018 Umbau Verwaltung und Eingang: ca. 4. Quartal 2018.</p> <p>ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN</p> <p>III.1) Teilnahmebedingungen</p> <p>III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:</p>	<p>Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer</p> <p>ODER:</p> <p>Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).</p> <p>III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer</p> <p>ODER:</p> <p>– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).</p> <p>– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)</p> <p>– Umsätze aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A</p> <p>UND:</p> <p>– gültige Freistellungsbescheinigung</p> <p>Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Der durchschnittliche Jahresumsatz über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die angegeben werden, muss mindestens das Einfache der Schätzkosten der ausgeschriebenen Leistung erreichen.</p> <p>III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer</p> <p>ODER:</p> <p>mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.</p> <p>III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen</p> <p>III.2) Bedingungen für den Auftrag</p> <p>III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:</p> <p>III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal</p> <p>ABSCHNITT IV: VERFAHREN</p> <p>IV.1) Beschreibung</p> <p>IV.1.1) Verfahrensart Offenes Verfahren</p> <p>IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem</p> <p>IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs</p> <p>IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion</p>
---	---

<p>IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja</p> <p>IV.2) Verwaltungsangaben</p> <p>IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren</p> <p>IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge 13. Dezember 2017, 10.00 Uhr</p> <p>IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber</p> <p>IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch</p> <p>IV.2.6) Bindefrist des Angebots Das Angebot muss gültig bleiben bis: 13. Februar 2018</p> <p>IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote 13. Dezember 2017, 10.00 Uhr An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.</p> <p>ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN</p> <p>VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein</p> <p>VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen</p> <p>VI.3) Zusätzliche Angaben: Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: http://www.hamburg.de/bauleistungen Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail. Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht. Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird</p>	<p>er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.</p> <p>VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren</p> <p>VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland Telefax: +49/40/427 31 -0499</p> <p>VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren</p> <p>VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. <p>VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt FB SBH Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de Telefax: +49/40/427 31 -01 43</p> <p>VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 8. November 2017 Hamburg, den 10. November 2017</p>
--	--

1972

Freitag, den 17. November 2017

Amtl. Anz. Nr. 89

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

717 K 8/17. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Wiesenredder 74, 76, 78, 80, 82, nordöstlich Buchwaldstraße 102 belegene, im Grundbuch von Alt-Rahlstedt Blatt 8882 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1705/100 000 Miteigentumsanteilen an den 7462 m² großen Flurstücken 5591 und 5704, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, dem Kellerraum und dem Tiefgaragenstellplatz Nummer 2, durch das Gericht versteigert werden.

Die 2-Zimmer-Wohnung mit Terrasse zu einer Größe von etwa 58,48 m² befindet sich im Erdgeschoss des Gebäudeteils Wiesenredder 78 eines vermutlich im Jahr 1984 errichteten Mehrfamilienwohnhauses. Elektrische Fußbodenheizung über Nachtspeicher. Warmwasserversorgung erfolgt vermutlich über elektrische Durchlauferhitzer. Zum Zeitpunkt des Ortstermins war das Objekt vom Eigentümer genutzt. Eine Innenbesichtigung der Wohnung wurde nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 168 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 18. Januar 2018, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht

Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/42881-2910/-2911/-2150/-2905. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 3. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das

Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 17. November 2017

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

919

Beschluss

420 II 2/17. In dem Verfahren für Herrn Dieter Reineke, geboren am 9. Februar 1941, verstorben am 14. Mai 2015, zuletzt wohnhaft Gojenbergsweg 45, 21029 Hamburg, – Antragsteller – wegen Aufgebotsverfahren beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf am 7. November 2017: Der Ausschließungsbeschluss des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf vom 27. Oktober 2017 wird wie folgt berichtigt: Das Geburtsdatum der Miterbin Ulgüd Reineke wird berichtigt auf den 29. November 1972.

Gründe:

Die Entscheidung beruht auf § 42 FamFG. Es liegt ein offensichtliches Diktat- oder Schreibversehen vor.

Hamburg, den 8. November 2017

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 420

920

Sonstige Mitteilungen

Gläubigeraufruf

Der Verein **JIN SHIN JYUTSU ohne Grenzen e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 21704) mit Sitz in Hamburg, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 24. November 2016 aufgelöst worden. Zur Liquidatorin wurde Frau Angelika Mumberg, Wilhelm Bock Weg 4, 22297 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei der Liquidatorin anzumelden.

Hamburg, den 26. Oktober 2017

Die Liquidatorin

921